

Wir

Älteren in den Gewerkschaften
in Bremen und Bremerhaven



Zu Gast – für immer.

Schweißerinnen der Bremer Vulkan Werft – Vor 60 Jahren

Foto: Sevinç Yağmur (ganz rechts), privat

ZUKUNFT

Wasser – ein Menschenrecht
oder ein Wirtschaftsgut »06



GESCHICHTE

Der Lebensweg von
Annemarie Mevissen »18



GESELLSCHAFT

Berechtigte Kritik oder
Verschwörungs-Denken »24





136 Seiten
Deutsch & Türkisch
ISBN 978-3796111334
17,90 €

Liebe Leserin, lieber Leser,

die deutsche Wirtschaft suchte Arbeitskräfte – aber es kamen Menschen. Mit der Ausstellung „Lebenswege“ im Focke-Museum, dem gleichnamigen Buch und den zwölf biografischen Kurzfilmen von Orhan Calisir wird zum 60. Jahrestag des Anwerbeabkommens mit der Türkei endlich nachgeholt, was längst überfällig war: Das öffentliche Nachzeichnen und die Würdigung der Lebenswege der ersten Generation der so genannten Gastarbeiter. Sie kamen aus vielen Ländern, ab 1961 auch aus der Türkei.

In Bremen wurden die sogenannten „Gastarbeiter“ auf den Werften sowie bei den Stahlwerken oder der Bremer Wollkämmerei dringend gebraucht. Von ihrem schweren Leben und dem, was sie in der Türkei zurückgelassen hatten, wusste die deutsche Bevölkerung wenig.

Wenig beachtet wurde auch, dass unter ihnen viele Frauen waren, die eine damals ungewöhnliche Rolle als Familienernährerin übernahmen – und oft ihre Kinder in der Türkei bei Verwandten zurücklassen mussten. Darunter leiden sie noch heute. Einige arbeiteten bei Hachez, andere beim Bremer Vulkan als Schweißerinnen.

Es wird höchste Zeit, dass sich die Gesellschaft dieser Einwanderungsgeschichte bewusst wird. Viele Veranstaltungen und die Ausstellung leisten dazu einen wichtigen Beitrag.

Wir wünschen Euch Freude beim Lesen dieser Ausgabe.

Eure Redaktion

- 03 Kurz & Knapp**
Lieferdienste Gorillas, Lieferando & Co. in aller Munde
Traudel Kassel
- 04 Vorwärts und nicht vergessen**
75 Jahre DGB Bremen
Reiner Meissner
- 05 Drei Euro mehr Hartz IV**
Bernd Krause
- 06 Wasser – ein Menschenrecht oder ein Wirtschaftsgut?**
Udo Hannemann
- 08 Nofretete will nach Hause – oder wer war Herbert Ganslmayr?**
Manfred Weule
- 10 Annemarie Mevissen – „der einzige Mann im Senat“?**
Marlene Henrici
- 14 Der schwarze Winkel**
Reiner Meissner
- 16 Gegen das Vergessen**
Dieter Winge und Ekkehard Lentz
- 18 Organspende – trotz aller Traurigkeit doch etwas Gutes**
Cornelia Förster-Bonomo
- 19 Wegen gestern!**
Wolfgang Schröder
- 20 Nachtrag zur Bundestagswahl**
Generation Z – Sie wollen mitreden
Bernd Krause
- 21 Die Vielen ohne Stimme**
Bernd Krause
- 22 Interview**
Berufsverbot!
Wolfgang Bielenberg
- 24 Berechtigte Kritik oder Verschwörungs-Denken**
Traudel Kassel
- 27 Leserbriefe & Impressum**
- 28 Veranstaltungen**
Gedenken an die NS-Opfer

13.08.2021
Aktivist*innen bei
der Aktion vor dem
Gorilla-Depot im
Buntentorsteinweg
(Neustadt)

Foto: Sönke Hundt



Traudel Kassel

Lieferdienste Gorillas, Lieferando & Co. in aller Munde

In der WIR 43 wurde in einem Artikel zu Union Busting auf die Aktionstage gegen besonders krasse Verhältnisse in Unternehmen jeweils am Freitag, 13. hingewiesen.

In Bremen hatten sich Aktivist*innen am Freitag, 13. August mit einer kleinen spontanen Aktion in der Bremer Neustadt an dem bundesweiten Aktionstag der Initiative aktion./..arbeitsunrecht beteiligt. Auch WIR waren dabei.

Am Montag, 18. Oktober waren wieder Aktivist*innen – diesmal vor allem junge Menschen – am Standort in Findorff vor Ort, um gegen die Entlassung von Hunderten von Gorillas-Beschäftigten in Berlin zu protestieren.

Welche Unternehmen in diesem Haifischbecken letztlich den Markt an sich reißen werden, wissen wir nicht. Was wir aber wissen: Menschen lassen sich nicht alles gefallen, egal wie prekär ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen sind. Sie organisieren sich. Sie wissen: **Solidarität macht stark.**

KURZ & KNAPP

Reiner Meissner

Vorwärts und nicht vergessen 75 Jahre DGB Bremen

Seit 1945 setzt sich der Deutsche Gewerkschaftsbund für den sozialen Fortschritt in Bremen und Bremerhaven ein. Im September letzten Jahres erschien aus diesem Anlass ein Jubiläumsbuch.

In drei Teilen wird die Zeit betrachtet

1945-1965

Wiederaufbau und erste Konflikte

1966-1989

Krisen und Streiks

1990-1920

Umbrüche und neue Herausforderungen

In den Vorbemerkungen der Autor*innen fragen sie:

„Kennen Sie Irmgard und August Enderle? Wissen Sie, wo Richard Boljahns Telefon stand? Wie kam Oskar Schulze an seine Hosen? Was war der SchlaDo? Wann gab es den ersten Streik?“

Antworten auf diese Fragen und viele weitere Beiträge finden sich auf den folgenden 176 Seiten.

In einem Grußwort wünscht der Bürgermeister Dr. Andreas Boven-schulte „als überzeugter Gewerk-schafter dem DGB und seinen Ein-zelgewerkschaften alles Gute“.

In ihrem Vorwort erinnert die bis-herige Regionsgeschäftsführerin des DGB Bremen-Elbe-Weser, Annette Düring, daran, „dass die Geschichte der Gewerkschaften immer die Geschichte von handelnden Kolleginnen und Kollegen ist.“

Abschließend stellt Prof. Dr. Wolf-gang Schröder von der Universität Kassel in seinem Beitrag fest: „Für mich ist klar, ohne starke Gewerkschaften wird es keine gute Arbeitswelt geben und keine faire Transformation.“

**Das Jubiläumsbuch kann am Empfang
im Gewerkschaftshaus am Bahnho-f-
platz abgeholt werden.
(Solange der Vorrat reicht)**



1945 / 2020



Bernd Krause

Drei Euro mehr Hartz IV

Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auf. Was bekommt man im Monat für drei Euro? Acht Rollen Klopapier oder zwei Päckchen Butter, wenn sie im Angebot sind. Ab 1. Januar 2022 wird der Hartz IV Regelsatz von 446 auf 449 Euro angehoben, das sind 0,67 Prozent. Dies ist schlicht unglaublich, da gerade in Corona-Zeiten das Leben so viel teurer wurde.

Ein Bündnis verschiedener Verbände hatte anlässlich der Bundesentscheidung erneut gefordert, die Hartz IV Regelsätze stärker anzuheben. So sollte mindestens ein Inflationsausgleich sichergestellt werden. Alles andere sei einem Rechtsgutachten zufolge verfassungswidrig.

Es ist eine lange Liste an Vorurteilen, die Menschen gegenüber Hartz-IV-Beziehern haben. Zurzeit gibt es 5,3 Millionen Menschen in Deutschland, die mit diesen Regeln leben müssen, sie werden oft als „sozial schwach“ bezeichnet. Dies ist beleidigend für diejenigen, die eine Arbeit suchen, von der man auch leben kann. Wer von sowenig leben muss, ist arm, aber nicht sozial schwach. Wer arm ist, kann nicht ins Café, ins Kino. Zieht sich zurück und ist frustriert.

Immer mehr Menschen müssen die „Tafeln“ in Anspruch nehmen, an denen gespendete Lebensmittel umsonst oder gegen einen kleinen Obolus an Bedürftige ausgegeben werden. Sie müssen das tun, weil die nach Bedürftigkeitsprüfung gewährten Leistungen weder bei Hartz IV noch in der Grundsicherung reichen. Hunderttausende Menschen haben nicht einmal den vollen Regelsatz zur Verfügung, weil sie ihre Mietkosten nicht voll erstattet bekommen.

Die kommende Bundesregierung ist jetzt gefordert, schnellstmöglich ihr Versprechen einzulösen, Hartz IV abzuschaffen.

Das bedeutet bei Hartz IV und Grundsicherung erheblich nachzubessern. Die aktuellen Preissteigerungen sind für Arme nicht zu schaffen. Laut Paritätischem Gesamtverband sind 83 Prozent der Bevölkerung der Meinung: Der Regelsatz reiche nicht. Es wäre Zeit für eine Grundsicherung, die den Namen wirklich verdient. Aber auch beim angedachten Bürgergeld, das Hartz IV ablösen soll, ist von einer Erhöhung des Regelsatzes bisher nicht die Rede.

Durch den Zwang jede Arbeit annehmen zu müssen, weil sonst Kürzungen des Regelsatzes drohen, hat Hartz IV einen riesigen Niedriglohnsektor geschaffen. Ohne Beendigung der Sanktionen bedeutet ein Bürgergeld keine Abschaffung von Hartz IV.

Aber neoliberale Parteien machen keine Politik zum Wohle der Armen. Unverständlich ist zudem, warum Hartz-IV-Empfänger, Rentner, Niedriglöhner eine „bürgerliche Koalition“ gewählt haben, so war in einer Statistik zu lesen. Vergessen wurde wohl, dass die Hartz-Gesetze I bis IV von SPD und Grünen beschlossen wurden. Somit haben sie die Ausweitung der Leiharbeit und der Minijobs zu verantworten – unter stillem Applaus der CDU, die ihnen die „Drecksarbeit“ gern überlassen hat.

Wasser – ein Menschenrecht oder ein Wirtschaftsgut?

TEIL 1

Diese Frage ist längst geklärt! In ihrer Resolution 64/292 vom 28. Juli 2010, die u.a. auch von Deutschland unterzeichnet wurde, hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen folgendes beschlossen:

„Die Generalversammlung ... erkennt das Recht auf einwandfreies und sauberes Trinkwasser und Sani-tärversorgung als ein Menschenrecht an, das unverzichtbar für den vollen Genuss des Lebens und aller Men-schenrechte ist.“

Im Weiteren wird von der UN ge-fordert, dass alle Menschen den ungehinderten Zugang zu Trink-wasser und sanitären Einrichtungen haben sollten. Dazu gehört ein diskriminierungsfreier Zugang zu Trinkwasser und sanitären Einrichtungen.

In Deutschland sollte dies kein Pro-blem sein. Im Zentrum von Bremen schon...

Es gibt nur vier öffentliche, diskri-minierungsfreie Trinkwasserstellen, die oft nicht einmal einsatzbereit sind und keine einzige kostenfreie, öffentliche Toilette!

Dass Wasser mit ca. 60 % Volumen-anteil der Hauptbestandteil unseres Körpers ist, kommt uns selten in den Sinn. Zwei bis drei Liter Wasser muss ein Durchschnittsmensch mit 75 kg jeden Tag zu sich nehmen, damit der Körper gut funktioniert. Und es muss Wasser von besonderer Reinheit sein. Aber auch kein reines, destilliertes Wasser, sondern mit der richtigen Menge gelöster Mineralien, dabei frei von krankmachenden Stoffen und Lebensformen.

Unser Leitungswasser wird mehrfach pro Tag geprüft und ständig überwacht – es ist Trinkwasser.

In Bremen wurde das Wasser früher als sogenanntes Uferfiltrat aus der Weser gewonnen.

Gedanken über Wasser machen wir uns immer erst dann, wenn der Wasserhahn mal nichts hergeben mag oder Wasser in unserer Umgebung fehlt.

Heute haben wir für den Bereich Stadt-Bremen vier Verteilerbereiche mit unterschiedlichen Herkunft-Quellen. Das meiste Wasser für das Bremer Stadtgebiet (ca. 45 %) kommt von den Harzwasserwerken, einer privaten GmbH, die 1928 als „Anstalt des öffentlichen Rechts“ gegründet wurde. Das Land Niedersachsen als alleiniger Eigentümer privatisierte die Gesellschaft 1996 unter Ministerpräsident Schröder für 220 Millionen DM an ein Konsortium aus Energieversorgern und den Kunden der Harzwasserwerke. Mit einer ca. 200 km langen Pipeline wird Bremen neben anderen Städten in Niedersachsen mit Wasser aus mehreren Talsperren im Harz versorgt. Da diese Pipeline mehrfach angezapft wird, muss u.a. in der Nähe von Syke aus Grundwasser gewonnenes Trinkwasser eingespeist werden.

Schon heute hat der Kampf um kostbares Trinkwasser begonnen.

Erste Kriege werden geführt, um Wasser aus natürlichen Quellen selbst zu nutzen und nicht mit anderen zu teilen. Wasser ist kostbar. In Demokratien mit geringer Aus-

prägung beschaffen sich wohlhabende Menschen ihr benötigtes Wasser auf Kosten von armen Bauern und Gemeinden. Ein solch schlechtes Beispiel ist die in einem Gebirgstal liegende wachsende Stadt Mexiko-City. Durch riesige Tunnel wird Wasser aus der Umgebung abgepumpt und den dort seit Jahrhunderten ansässigen Bauern ersatzlos geraubt.

Auch in der Bremer Umgebung wird festgestellt, dass aufgrund geringerer Niederschläge der Grundwasserspiegel sinkt. Bedroht sind Wälder und bisher fruchtbare Landstriche. Die Diskussion hat begonnen, wer die Wasserreserven in der Umgebung nutzen darf. Gut dran sind Unternehmen, die uralte Wasserrechte besitzen und diese ohne öffentliche Kontrolle nutzen.

Wege zu effektiverem Umgang mit der weltweit knapper werdenden Ressource Wasser

Die Klimaerwärmung, mit ein Grund für fehlendes Wasser, ist mit allen Mitteln zu stoppen und zurückzuführen. Möglich sind z.B. sparsamere Maschinen, aber auch

bessere technische Verfahren und gezielte Bewässerung in den Städten und der Landwirtschaft. Sie müssen weltweit genutzt werden. Gebäude müssen zukünftig so gebaut werden, dass Regenwasser gesammelt, gereinigt und gespeichert wird.



Teil 2 in der nächsten Ausgabe der WIR:

» **Singapur –**
Das leuchtendste Beispiel für ein fortschrittliches Wassermanagement.



Manfred Weule

Nofretete will nach Hause¹ – oder wer war Herbert Ganslmayr?

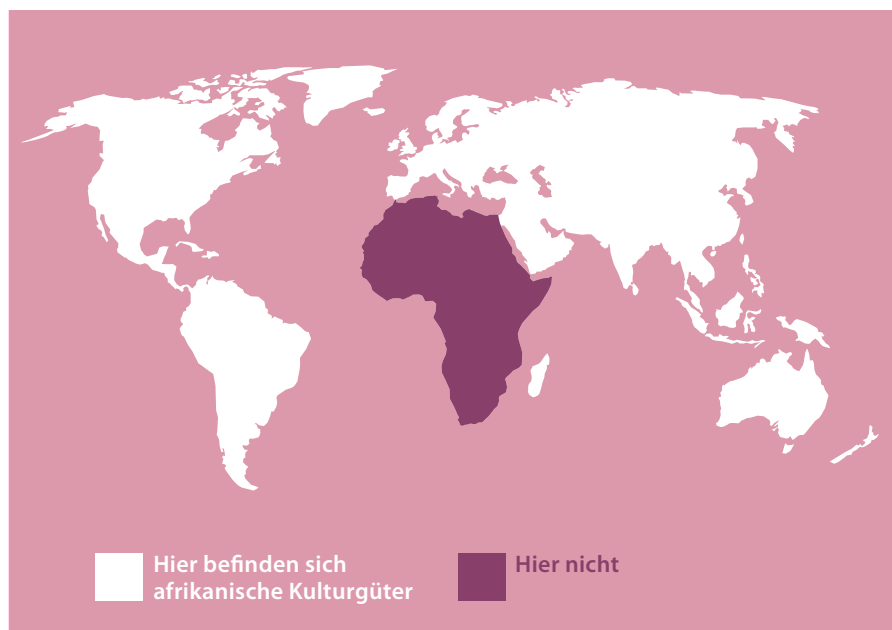
Bremens vorbildliche Rolle in den 70er Jahren im Kampf um
Dekolonisierung und die Rückgabe gestohlener Kulturschätze

Deutschland fällt es immer noch schwer, sich offen seiner Kolonialgeschichte zu stellen. Dies offenbaren die Debatten um die Rückgabe geraubter Kulturgüter aus deutschen Museen anlässlich der Eröffnung des Humboldt-Forums in Berlin.

Hier zeigt sich, wie neokolonial sich Teile der Politik und Museen erneut gebärden, wenn es um die Frage der Rückführung (Restitution) geht. Da klingt der Bundespräsident Steinmeier wie ein Rufer in der Wüste, wenn er in seiner Rede

zur Teileröffnung des Humboldt-Forums im September 2021 sagt, dass die Kolonialgeschichte „eine Geschichte von Unterwerfung, Plünderung, Raub und Mord“ ist.

Im kleinen Bundesland Bremen aber war man mit der Debatte schon einmal weiter. Ein kurzer Blick in die 70er Jahre zeigt, wie lange der Kampf um Restitution schon währt und erinnert daran, wie widerwillig heute die Debatte um Raubkunst noch immer geführt wird.



Nur langsam setzen sich europäische Staaten mit ihrer kolonialen Vergangenheit auseinander. Dazu gehört, Unrecht und Verbrechen gegenüber den ehemaligen Kolonien anzuerkennen.

Jahrzehntelang geführte Debatten um die Rückgabe afrikanischer Raubkunst zeigen jedoch, wie widerwillig das geschieht.

Quelle: *Katapult- Magazin für Kartografie und Sozialwissenschaften*, Nr.22 (Satirische Darstellung)

Über Herbert Ganslmayr und andere „alte, weiße Männer“ und Frauen

Eine besondere Rolle in den 70er bis 80er Jahren spielte der deutsche Ethnologe Herbert Ganslmayr. Als Direktor des Bremer Überseemuseums von 1975 bis 1991 sorgte er für eine postkoloniale Umgestaltung der Ausstellungen im Museum und setzte die Umbenennung von „Kolonial- und Übersee-Museum“ ins heutige Überseemuseum durch.



Herbert Ganslmayr

Er kämpfte aber auch auf internationalem Parkett für die Rückgabe geraubter Kunstschätze und die Unterstützung von Museen in Ländern des globalen Südens durch die reichen Industrienationen. Von fast allen westdeutschen Museumskollegen und vielen mit Fragen der Anerkennung der Restitutionsforderungen befassten Bonner Politikern geschnitten, kämpfte er aber nicht allein.

Zusammen mit dem Journalisten und zeitweiligen Chefredakteur von Radio Bremen, Gerd von Paczensky, veröffentlichte er 1984 das Buch „Nofretete will nach Hause“, in dem beide Autoren die Rückgabepflicht der geraubten Kulturgutschätze pointiert begründen.



Gerd von Paczensky

Schon in der Einleitung unter der Frage „Nofretete – eine Preußin?“ wird deutlich, was gemeint ist: *„Würden wir es normal finden, die Partituren Beethovens, die Schriften Friedrichs des Großen und Bismarcks, (...) die Bilder Dürers im Original nur sehen, das Schnitzwerk Riemenschneiders nur bewundern zu können, wenn wir nach Tokio, Khartum oder Sao Paulo reisten? Umgekehrt sind viele Völker der »Dritten Welt« für die Besichtigung und das Studium wesentlicher Teile ihres kulturellen Erbes auf Museen in London, Berlin, Paris und anderen westlichen Städten angewiesen, als wenn sie sich die weite Fahrt mühelos leisten könnten.“*

Beinahe zeitgleich arbeiteten der Jurist und Politikwissenschaftler Manfred Hinz und die Sozialwissenschaftlerin Helgard Patemann die Verbrechen und den Völker-

mord deutscher Soldaten im heutigen Namibia auf. Im Bremer Staatsarchiv sorgte Hartmut Müller als Leiter dafür, dass die kolonialzeitlichen Bestände des Archivs benutzt werden konnten. Alle genannten Personen kannten sich und arbeiteten eng zusammen; ideell und finanziell unterstützt durch den Bremer Bürgermeister Hans Koschnick. Dass die Restitutionsdebatte damals über Bremen hinaus bekannt wurde, verdankt sie Gerd von Paczensky, Gründer der Sendung Panorama, der nicht müde wurde sie massenmedial zu publizieren.

Dass WIR heute und hier daran erinnern können, verdanken wir der Forschung der französischen Germanistin Bénédikt Savoy und ihrem wichtigen Buch „Afrikas Kampf um seine Kunst“.²

Herbert Ganslmayr starb 1991 im Alter von 54 Jahren während einer Konferenz der UNESCO, die sich mit der Rückgabe von geraubtem Kulturgut an die Herkunftsländer beschäftigte.

Wer erinnert aus Bremer Sicht an Herbert Ganslmayr und seine aufklärerischen Zeitgenoss:innen? WIR sind gespannt, wie die Geschichte des Übersee-Museums anlässlich seines 125-jährigen Bestehens im Weser Kurier³ fortgeschrieben wird.

¹ Gert von Paczensky & Herbert Ganslmayr: „Nofretete will nach Hause. Europa – Schatzhaus der Dritten Welt“, München, 1984

² Bénédikt Savoy: „Afrikas Kampf um seine Kunst. Geschichte einer postkolonialen Niederlage“, München, 2021

³ Weser Kurier, 24.10.2021: „Der Fall Ludwig Cohn“

Sparkasse Bremen: Anspruch und Wirklichkeit

Es ist „unsere“ Sparkasse, wird vom Vorstand behauptet, aber was treiben diese Herren: sie lassen uns sogar beim Geldabheben buchstäblich im Regen stehen. Es lohnt sich die Widersprüche zwischen dem Marketingversprechen unserer Sparkasse und den tatsächlichen Begebenheiten zu beleuchten: damit sich etwas ändert.

Dazu eine Pressemitteilung der Sparkasse:

„Die Sparkasse Bremen hat nicht die Gewinnmaximierung zum Ziel, an erster Stelle des geschäftlichen Handelns steht der Nutzen für unsere Kunden und die Region.“

Aha, diesen Nutzen spüren wir seit Jahren in allen Stadtteilen: Rabiate Filialschließungen, manchmal ersetzt durch Automaten und wenigen kleinen Zweigstellen zum Geldabheben und Überweisungen tätigen.

Was viele nicht wissen

Die Sparkasse Bremen hat keine Aktionäre, die Dividenden erwarten oder von denen Geschäftliches mitbestimmt werden könnte, sondern eine sehr spezielle Konstruktion, die dem Vorstand (4 Männer) weitreichende Gestaltungsmöglichkeiten bietet. Offizieller Eigentümer ist die Finanzholding, ein wirtschaftlicher Verein, der nominell Alleinaktionär der Sparkasse Bremen AG ist.

Der Trick

Die Finanzholding besteht aus ca. 720 Personen, die auf Lebenszeit berufen werden. Diese ehrenamtlichen Mitglieder besitzen keine Aktien, erhalten keine Überschüsse und können nichts Geschäftliches

entscheiden, dürfen aber jährlich tagen und die vom Vorstand vorgeschlagenen 675.000 Euro Zuwendungen an Vereine und für Projekte abnicken. Über die obszönen Vorstandsgehälter haben sie jedoch nicht zu entscheiden: pro Monat durchschnittlich ca. 70.000 Euro für jeden der 4er-Gruppe. Kein Witz! (Vergleich: Merkel ca. 30.000 Euro, Bovenschulte ca. 20.000 Euro).

Hartgeld nur
dienstags -
draußen nur
Kännchen

Müssen wir deshalb seit vielen Jahren deutlich zu hohe Dispozinsen (11%) bezahlen? Wer über wenig Einkommen verfügt, muss immer mal wieder sein Konto „überziehen“. Würden die Zinsen dafür von „unserer“ Sparkasse halbiert, wäre

auch vielen älteren Bremer:innen effektiv geholfen und die Sparkasse wäre nicht bankrott, sondern hätte nur etwas weniger als die jährlichen über 30 Mio. Euro Gewinne erwirtschaftet.

Nicht verschwiegen werden soll, dass die Sparkasse auch Gutes tut, aber deutlich zu wenig, wie zuvor erwähnt. Das sind nur mildtätige „Peanuts“, die mindestens verdoppelt werden dürfen. Wo bleiben denn die hohen Jahresüberschüsse? Wir müssen einen gewissen öffentlichen Druck auf diese Herren ausüben, damit weniger Zweigstellen geschlossen oder einige wieder eröffnet werden, die unsinnigen Stadtteilfilialen dem normalen Sparkassengeschäft zugeführt werden und der Geldbote nicht jeweils 6,50 Euro Gebühr kostet, sondern nichts, denn durch die Schließung der Nebenstellen wurde der Gewinn gesteigert, ist auch zahlreiches Personal „abgebaut“ worden.

Kein Bargeld in der
Stadtteilfiliale Neustadt

Foto: Traudel Kassel





Foto: Radio Bremen 2

Wie sich eine
Bremer Frau in
einer von Männern
dominierten Welt
durchsetzte

Annemarie Mevissen – „der einzige Mann im Senat“?

Marlene Henrici

Annemarie Mevissen, geb. Schmidt kam am 24. Oktober 1914 in Bremen zur Welt und starb hier am 13. Juli 2006. Ihr Vater war schon seit 1903 Mitglied in der SPD. In Bremen arbeitete er in der Verwaltung. Die Mutter war Schneiderin. Da die Kinder durch den Vater schon sehr früh mit Politik in Berührung kamen, engagierten sie sich in der SAJ (Sozialistische Arbeiterjugend).

Ihr Wunsch Lehrerin zu werden wurde von den Nazis abgelehnt, da ihr Vater als politisch unzuverlässig galt. Später wurde er in Haft genommen und musste im Arbeitslager am Bau des U-Boot Bunkers Valentin in Bremen-Farge schuften.

Annemarie machte eine Ausbildung zur Buchhändlerin. Im Anschluss arbeitete sie in mehreren Städten. In Leipzig lernte sie Werner Mevissen

kennen. Er machte dort eine Ausbildung zum Verlagsbuchhändler. 1943 heirateten die beiden. Sie umgingen das obligatorische Geschenk an Brautpaare des Buches „Mein Kampf“ von Hitler, indem sie meinten, sie als Buchhändler brauchten es nicht. Ein anderes Brautpaar hätte es nötiger.

Im September 1944 kehrte sie nach Bremen zurück und war glücklich ihren Vater wieder in Freiheit zu sehen. Nach dem Krieg arbeitete ihr Vater aktiv am Neuaufbau der Verwaltung und am Aufbau der Gewerkschaften mit. Er beteiligte sich ebenfalls aktiv an der Erarbeitung zur neuen bremischen Verfassung.

Werner Mevissen wurde mit dem Neuaufbau der Bremer Volksbücherei beauftragt und wurde Leiter der Abteilung Volksbibliothek.





Der neue Senat

Foto: Rathaus Bremen, 1951

» Erste Schritte in die Politik

Obwohl Annemarie zwei Kinder hatte, war sie mit der Hausarbeit nicht ausgelastet. Sie kümmerte sich um Kinder aus Oberneuland und baute die Gruppe „Kinderfreunde“ auf. Jetzt bewies sie schon großen Mut, indem sie sich während eines Zeltlagers den sogenannten „schwarzen Pfadfindern“ entgegenstellte, die dort den „Heldenmut“ besangen. In den Liedern kamen Worte wie Kampf, Fahne, Kameraden und Marschieren vor.

1947 zog Annemarie mit 33 Jahren als jüngste Abgeordnete in die Bürgerschaft ein. Sie arbeitete in der Deputation für allgemeinbildende Schulen, für Leibesübungen und Jugendpflege mit. Sie konnte sich schnell profilieren, in dem sie eine Schulreform mit auf den Weg brachte. Das Ziel war die Einführung einer gemeinsamen sechs-jährigen Grundschule. Alle Kinder sollten möglichst lange gemeinsam lernen.

Allen Kritiken zum Trotz verteidigte sie diese Idee leidenschaftlich in ihren Reden. 1949 wurde das Schulgesetz von der Bürgerschaft verabschiedet. Sie arbeitet mit daran Jugendverbände aufzubauen.

Bevor sie 1951 mit einer Delegation in die USA reiste, um dort das demokratische Leben kennen zu lernen, machte Bürgermeister Wilhelm Kaisen ihr das Angebot das Schulressort zu übernehmen. Nach einigem Zögern stimmte sie zu. Während ihrer Reise erhielt sie eine Benachrichtigung von Radio Bremen mit der Bitte ein Band mit der Vorstellung ihrer zukünftigen Senatspolitik zu besprechen. Wilhelm Kaisen hielt es wohl nicht für nötig, sie ausfindig zu machen und sie von ihrer Wahl in den Senat zu informieren.

Es kam aber noch schlimmer. Als sie zurück kam, musste sie feststellen, dass es sich nicht um das Amt des Schulsenators handelte, sondern

Kaisen sagte ihr, sie solle die Lage der Jugend analysieren und dem Senat Lösungsvorschläge unterbreiten. Diese könnten dann in den zuständigen Ressorts umgesetzt werden. Sie bekleidete das kleine Ressort für Jugendförderung mit vier Hausmeistern und einer Schreibkraft. Zu Recht war sie wohl sehr empört über diese Behandlung.

» Arbeitsame Jahre – und endlich Anerkennung

Im ihrem ersten Senatsjahr hatte sie es sehr schwer. Ihre Vorschläge wurden missachtet. In offiziellen Schreiben war immer nur von den Herren Senatoren die Rede. Es ist sehr bewundernswert, dass sie nicht aufgegeben hat. Sie hatte wohl das Ziel allen zu zeigen, was in ihr steckt. Nach vier Jahren hatte sie es endlich geschafft, 1955 wurde sie Jugendsenatorin. Sie richtete Jugendfreizeitheime ein und organisierte einen internationalen Jugendaustausch. Für die Kleineren gab es Spielplätze und ein Ferienspielplatzprogramm.

Nach der Wahl 1959 bekam sie zusätzlich zum Jugendressort das Sozial- oder wie es früher hieß, das Wohlfahrts- und Sportressort dazu. Für ältere Menschen gab es Begegnungsstätten, Tagesausflüge und Erholungsfahrten. Sie modernisierte die Arbeit in der Behindertenhilfe, unterstützte tatkräftig die Weiterentwicklung des Martinshofes und führte versicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse für die Behinderten ein. Diese Aktivitäten erlangten Aufmerksamkeit. 1967 wurde sie die Stellvertreterin von Hans Koschnick, dem Präsidenten des Senats und damit Bürgermeister. Die Bezeichnung Bürgermeisterin lehnte sie ab.

» Gespräche statt „draufhauen“

Im Januar 1968 kam es zu den Bremer Straßenbahnunruhen zwischen Schüler*innen und der Polizei. Anlass war die Erhöhung der Fahrpreise, Hintergrund die bundesweite Studentenbewegung. Bremen hatte zu dieser Zeit noch keine Universität. Der Polizeipräsident hatte an die Polizisten die Maßgabe: „draufhauen, draufhauen, nachsetzen“ herausgegeben. Es kam zu vielen Verletzten. Krisensitzungen fanden statt. Hans Koschnick teilte Annemarie Mevissen am Abend mit, dass er am nächsten Tag zu einem Termin nach Düsseldorf müsse. So lag nun das weitere Vorgehen in ihrer Hand. Am nächsten Morgen folgte ein Gespräch mit Schülervertretern. Es gelang ihr zu deeskalieren. Sie wurde gebeten, am Nachmittag zu den Demonstrationen zu sprechen.

Mit einem Bus wurde sie zur Domsheide gefahren und wollte von dort aus über ein Megaphon reden. Das funktionierte nicht. Also stieg sie aus. Ein Schüler bat sie auf eine Streusandkiste zu steigen, damit sie zu sehen und so besser zu verstehen sei. Sie begann mit den Worten:

„Dies ist eine legale Demonstration zu einer Sachfrage.“

Sie meinte, dass niemand beabsichtigt hätte etwas zu zerstören, sondern sie von den Politikern verlangen würden, dass diese ihnen Rede und Antwort stehen. Es gelang ihr die Gemüter zu beruhigen. Die Presse bewunderte ihren Mut und schrieb vom „*einzigsten Mann im Senat*“. Diese Bezeichnung gefiel ihr nicht. Ich frage mich auch, sind nur Männer mutig?

In der Öffentlichkeit wurde sie für ihren Auftritt bewundert, bei den Herren Senatoren machte sie sich dadurch keine Freunde. Sie versuchten ihren Erfolg herunterzuspielen. Hatte doch tatsächlich eine Frau ihnen gezeigt, was man erreichen kann.

Durch die Fülle der Aufgaben kann man nachvollziehen, dass sie für die Familie wenig Zeit hatte. Ihr Sohn erzählte mir aber, dass sie sich bemühte, um die Mittagszeit kurz zu Hause zu sein. Auch der gemeinsame Urlaub war ihr sehr wichtig. So versuchte sie allen Aufgaben gerecht zu werden.

Im Januar 1975 trat sie schließlich zurück. Zu ihrer Verabschiedung kamen viele Gäste und ihre Leistungen wurden hervorgehoben. Sie erhielt 2005 als erste Frau die Bremer Ehrenmedaille.

Leider ist es bis heute nicht gelungen, eine Straße nach ihr zu benennen, sondern nur einen Fußweg am Ufer des Wallgrabens vom Staatsarchiv kommend Richtung Schüsselkorb. Nach ihrem Ausscheiden aus der Politik widmete sie sich der Malerei und schrieb auch einige Bücher.

Quellen:

Renate Meyer-Braun:

„Frau Bürgermeister Annemarie Mevissen“, 2011

Bremer Frauengeschichte

Bremer Frauenmuseum

Januar 1968
Annemarie Mevissen bei
ihrer Rede vor den Schüler*innen
auf der Domsheide

Foto: Radio Bremen 2



DER SCHWARZE WINKEL

Reiner Meissner

In den Konzentrationslagern der Nazis bildeten die „Asozialen“ eine eigene Häftlingskategorie. Sie waren mit einem schwarzen Winkel auf ihrer Arbeitskleidung gekennzeichnet und nahmen in der Hierarchie der Häftlinge den untersten Platz ein.

„Asoziale“ wurden lange nicht als Opfer des Nationalsozialismus anerkannt. Erst im Februar 2020 stimmten alle Fraktionen des Deutschen Bundestages, bei Stimmenthaltung der AfD, einem Antrag mit dem Titel „Anerkennung der von den Nationalsozialisten als „Asoziale“ und „Berufsverbrecher“ Verfolgten“, zu.

Als „Asoziale“ wurden vom NS-Regime u.a. Wohnungslose, Landstreicher, Prostituierte, Alkoholiker, Gelegenheitsarbeiter, Arbeitsscheue und Fürsorgeempfänger definiert.

Es handelte sich bei den „Asozialen“ nach NS-Verständnis um Personen, die sich nicht in die „in einem nationalsozialistischen Staat selbstverständliche Ordnung“ fügen wollten und daher die Stabilität und „gesunde“ Fortentwicklung der Volksgemeinschaft als Ganzes gefährdeten“.

Die Palette der Maßnahmen gegen die als „asozial“ („Gemeinschaftsfremde“) abgestempelten Personen war breit. Sie wurden polizeilich überwacht, erniedrigenden Schikannen ausgesetzt, zur Zwangsarbeit gezwungen, in Anstalten eingesperrt, in Arbeitserziehungslagern interniert, in Konzentrationslagern eingewiesen, zwangssterilisiert und ermordet.

Zwei Beispiele aus Bremen

Das Arbeitslager Teufelsmoor

1934 wurde im Günnemoor, knapp 10 km nördlich von Worpsswede, von der Wohlfahrtsverwaltung Bremen, ein Arbeitslager für „asoziale“ Männer eingerichtet. Die Häftlinge mussten Torf stechen.

Von der Praxis der Arbeitserziehung im Teufelsmoor gibt der folgende Bericht (Auszüge) des Lagerführers ein anschauliches Bild:

„..... Die in das Arbeitszwangslager Teufelsmoor eingewiesenen Asozialen und Trinker stammen aus allen möglichen Berufen. Der z. Zt. jüngste ist 19 Jahre, der älteste 64 Jahre Alt. So verschieden wie Beruf und Alter ist auch die körperliche und geistige Verfassung der Eingewiesenen. Neben kräftigen, robusten Gestalten findet man Leute von schwächlichem Körperbau, vernachlässigter Muskulatur und wahre menschliche Ruinen. Natürlich ist es nicht einfach, aus solchen Elementen eine disziplinierte Arbeitskolonne zu bilden und damit die unserem Lager gestellte Aufgabe zu lösen.

Glücklicher Weise haben wir gelernt, solche Gestalten individuell zu behandeln und sie freundlich auf den Pfad der Tugend zurückzuleiten. Dass hierzu die Methoden einer Sonntagsschule nicht geeignet sind, dürfte verständlich sein. Sanfte Ermahnungen sind hier nicht mehr am Platz. Ebenso kann man jemandem nicht gut ins Gewissen reden, der keines mehr hat. Um die Arbeits- und Lagerdisziplin unter allen Umständen hochzuhalten, muss man in solchen Fällen schon etwas deutlicher werden. Das gilt auch solchen Elementen gegenüber, die sich der verhassten Disziplin durch die Flucht zu entziehen versuchen. Dem Grundsatz nach, dass Arbeit immer noch die beste Medizin ist, sorgen wir dafür, dass diese Medizin in nicht zu kleinen Dosen verabreicht wird.“

Bis 1938 wurden 280 Männer im Teufelsmoor interniert. Das Lager schloss Ende 1941. Ab 1942 wurden Kriegsgefangene und ausländische Zwangsarbeiter zur Torfgewinnung eingesetzt.

Die Zwangswohnanlage Hashude

Am Warturmer Platz in Woltmershausen entstand 1936 eine sogenannte „Wohnungsfürsorgeanstalt“. In dem abgeschlossenen Einrichtungskomplex für häufig kinderreiche „Gemeinschaftsfremde“ und „sozialschädliche Elemente“ wohnten insgesamt ca. 170 Erwachsene und 420 Kinder. Sie wurden zwangsweise durch die Wohlfahrtbehörde eingewiesen. Ziel der Anstalt war, die „asozialen“ Familien durch

strenge Maßnahmen „umzuerziehen“, um sie ggf. in die „Volksgemeinschaft“ zurückzuführen:

„Die asozialen Elemente, die nicht bestrebt sind, sich als nützliche Glieder in die Volksgemeinschaft einzugliedern, nachdem man versucht hat, sie in den Bremer Erziehungswohnungen zu verbessern, sollen sich selbst überlassen bleiben und gänzlich aus der Volksgemeinschaft ausgeschaltet werden.“

Im März 1939 heißt es in einem Bericht an die Behörde für Wohlfahrt:

„Der eigentliche Zweck der Wohnungsfürsorgeanstalt, die als asozial eingewiesenen Volksgenossen zu bessern, ist nach den bisher gemachten Erfahrungen fehlgeschlagen.“

Am 1.7.1940 wurde die Anstalt als Erziehungseinrichtung für asoziale Familien aufgelöst. Die Einweisungsbeschlüsse der Insassen wurden aufgehoben und gingen in Kopie an die Gestapo „zur Kenntnis und ggf. weiteren Verwendung“.

Entschädigung der „Asozialen“ nach 1945

Die Gesamtzahl der von der nationalsozialistischen „Asozialen“-Bekämpfung betroffenen Menschen ist überaus spekulativ. Entschädigungsleistungen für die überlebenden Opfer wurden nicht gezahlt.

Erst Mitte der 1980er-Jahre beschloss der Bundestag die Einrichtung eines Härtefonds. Im Jahr 2008 erhielten daraus aber lediglich 205 Personen Leistungen.

Appell

2018 wurde von Frank Nonnenmacher, einem Nachfahren eines ehemaligen KZ-Häftlings, der in den Augen der Nazis ein „asozialer“ Mensch und ein „Berufsverbrecher“ war, ein Appell an den Deutschen Bundestag initiiert. Darin wurde gefordert: *„Der Deutsche Bundestag soll die von der SS „Asoziale“ und „Berufsverbrecher“ genannten ehemaligen KZ- Häftlinge als Opfer des Nationalsozialismus anerkennen.“*

Der Appell wurde von 21.000 Menschen unterzeichnet. 2020 wurde vom Bundestag dann u.a. beschlossen, *„...die Opfergruppen, die von den Nationalsozialisten „Asoziale“ und „Berufsverbrecher“ genannt wurden, zukünftig stärker in das öffentliche Bewusstsein zu rücken und ihnen einen angemessenen Platz im staatlichen Erinnern zu verschaffen,...“*

Eine modulare Ausstellung sollte erstellt und an verschiedenen Orten im Bundesgebiet gezeigt werden. Forschungsarbeiten und Bildungsprojekte, z.B. im Rahmen des Bundesprogramms „Jugend erinnert“, sollten finanziell gefördert werden.

Passiert ist seitdem nicht viel!

Die Ausstellung befindet sich noch in der Konzeptionsphase und wird voraussichtlich erst im Jahr 2024 fertig werden...

Weitere Informationen:

„Die Wohnungsfürsorgeanstalt Hashude – Die NS-„Asozialenpolitik“ und die Bremer Wohlfahrtspflege“, Staatsarchiv Bremen, 2014

→ www.spurensuche-bremen.de

→ www.spurensuche-kreis-osterholz.de



„Über 2.000 Funde haben die Archäologen bisher dokumentiert, darunter vor allem Knochenteile, aber auch Erkennungsmarken und Gebrauchsgegenstände der Begrabenen...“ sind bislang bei Ausgrabungen auf dem weitläufigen Gelände des sogenannten Russenfriedhofs in Bremen-Oslebshausen gefunden worden (BILD-Zeitung vom 08.11.2021). Die Vermutungen haben sich bestätigt, dass eine frühere Umbettung im Jahr 1948 unvollständig erfolgte.

Dabei gebietet es der Anstand, genau hier an die brutalen und menschenverachtenden Verbrechen in der Nazizeit zu erinnern.

In Oslebshausen gab es in unmittelbarer Nachbarschaft die größte Ansammlung von Internierungslagern in ganz Bremen. Um hieran zu erinnern, wäre eine Gedenkstätte angemessen. Sie muss schmerzen, um als Stachel im Fleisch mahnen: **Erinnert Euch! Vergesst nie! Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!**

Die meisten waren keine dreißig Jahre alt. Die Toten der Nazi-Barbarei wurden auf dem sogenannten „Russenfriedhof“ begraben. Und dennoch wurde dieser Ort über achtzig Jahre vergessen! Wie konnte das sein?

Harry Winkel und Peter-Michael Meiners haben viele Jahre dafür gekämpft, dass die Geschichte professionell von der Stadt aufgearbeitet wird. Sie haben mühevoll in ihrer Freizeit recherchiert und ihre Vermutungen gut begründet. Es gab bereits einen Artikel im „Weser-Kurier“ am 16. November 1992. Winkel und Meiners waren sich sicher: Dort müssen noch Leichname liegen. Nicht alle Opfer wurden 1948 exhumiert und umgebettet. Die Zahlen sprachen für sich. Es gab Quellen, die von 800 Toten sprachen. In das Massengrab in Osterholz sind jedoch nur 446 unbekannte Leichen gekommen. Wo waren die über 350 restlichen Leichen? Beide sind bei den Behörden auf taube Ohren gestoßen.

Die aktuellen Recherchen des Bremer Friedensforums und der Bürgerinitiative Oslebshausen und umzu konnten auf der wertvollen Forschungsarbeit von Winkel und Meiners aufbauen. Zwischenzeitlich wurden im russischen Onlinearchiv MEMORIAL mehr als 400 Opfer namentlich identifiziert, die auf dem Friedhof bestattet wurden.

Die bremische Häfensenatorin Claudia Schilling forderte eine Klärung der Sachlage, denn sie war von den Erkenntnissen überrascht. Sie befürchtete ein schwieriges Planfeststellungsverfahren für die Bahnwerkstatt und im schlimmsten Fall den Fund von sterblichen Überresten während der Bauphase.

Gegen das Vergessen

Wie der Bremer Senat Gefahr läuft, seine völkerrechtliche und moralische Pflicht gegenüber sowjetischen NS-Opfern und ihren Angehörigen zu vernachlässigen.



Grabungen der Bremer Landesarchäologie an der Reitbrake in Bremen-Oslebshausen
Foto: Sönke Hundt

Der Senat möchte diesen Ort an der Reitbrake mit einer Bahnwerkstatt überbauen. Es wird überlegt, eine Gedenktafel anzubringen. Sie soll daran erinnern, was hier zwischen 1941 und 1945 an Verbrechen gegen die Menschlichkeit geschehen ist. Das wäre ausreichend.

Dieser Ort ist das schreckliche Symbol für jahrzehntelanges Vergessen in Bremen. Hier wurden tausende Menschen erniedrigt, ihnen täglich die Menschenwürde genommen. Hunderte Menschen starben an Kälte, Hunger und Krankheiten. Es waren junge Menschen.

Mahn- und Gedenkstätte in Bremen-Oslebshausen für über 300 NS-Opfer

Андрей Алифер
(Andrej Alifer)

geboren am
15. Februar 1916 in Lovy

Arbeitskommando
Francke-Werke 5840

gestorben am
mit 26 Jahren
3. Juni 1942 in Bremen

bestattet *und vergessen*
auf dem sogenannten
„Russenfriedhof“ Bremen



Online-Petition
für die Errichtung
einer Kriegsgräber-
gedenkstätte an der
Reitbrake in
Oslebshausen

Gegen das
Vergessen!

QR-Code scannen!
Petition zeichnen!



Dies hätte zu erheblichen Bauverzögerungen geführt, die von der Stadt Bremen zu verantworten gewesen wären. Es wäre nicht nur ein erheblicher Reputationsschaden für Bremen geworden; sicherlich wären auch Millionenbeträge an Schadenersatzforderungen auf Finanzsenator Strehl zugekommen.

Schnell konnten der Landesarchivar Prof. Konrad Elmshäuser und die Landesarchäologin Prof. Uta Halle neue Dokumente bei den Arolsen Archives und den Alliierten recherchieren. Es wurde ein Polizeibericht vom 9. Mai 1946 entdeckt, der den Friedhof präzise beschreibt und die Grabstellen akribisch erfasst. Die nun vorliegenden historischen Luftbilder zeigen klar einen etwa 3.500 Quadratmeter großen Friedhof. Der gesamte sogenannte „Russenfriedhof“ weist eine Größe von etwa 20.000 Quadratmetern auf. Dies belegt ein im Staatsarchiv verwahrtes

Dokument des NS-Bausenators Hans-Joachim Fischer von 1941. Die Existenz und die Lage des Friedhofs waren nun zweifelsfrei belegt. Dennoch konnte sich der Senat bisher nicht durchringen, dem Schienenfahrzeughersteller Alstom eine Absage für das Grundstück an diesem schrecklichen Ort zu erteilen.

Seit August 2021 können die Grabungen der Bremer Landesarchäologie beobachtet werden. Nach den ersten Funden liegt die drängende Frage auf dem Tisch: Ist die Einrichtung einer Bahnwerkstatt auf dem Areal einer Kriegsgräberstätte mit der Würde dieser Stätte vereinbar?

Prof. Dr. Robert Heinsch, renommierter Rechtswissenschaftler für humanitäres Völkerrecht an der Universität Leiden, hat darauf eine klare Antwort: „Die Errichtung einer Bahnwerkstatt auf dem Areal einer Kriegsgräberstätte, wo Verstorbene

ihren letzten Ruheort gefunden haben, ist nicht mit dem humanitären Völkerrecht vereinbar, wenn deren sterblichen Überreste nie exhumiert und umgebettet worden sind.“¹

Sollte sich der Senat nicht an dieser Einschätzung orientieren und den Bau der Bahnwerkstatt weiter vorantreiben, ignoriert er das humanitäre Völkerrecht und verstößt auch gegen Artikel 1 des Grundgesetzes. Denn die Menschenwürde ist auch im Tode geschützt. Bremen würde seiner rechtlichen wie moralischen Verantwortung gegenüber den Opfern und ihren Angehörigen nicht gerecht werden.

Bürgerinitiative Oslebshausen und Bremer Friedensforum fordern, die Bahnpläne aufzugeben. Zum geplanten Standort der Bahnwerkstatt gäbe es Alternativen. Doch hierum kümmert sich offensichtlich niemand ernsthaft – weder im Senat noch in der Verwaltung. Warum?

Der Grund kann darin liegen: Die Stadt Bremen ist Eigentümerin des Grundstücks. Wie ein profitgieriger Immobilienspekulant mutet es an, wenn die Verwaltung schreibt, man beabsichtigt für die Fläche an der Reitbrake in Oslebshausen eine „Inwertsetzung“.

Weitere Informationen:

→ www.bi-oslebshausen.de

→ www.bremerfriedensforum.de

¹ www.bremerfriedensforum.de/pdf/KGFutachtenfuerBremerFriedensforum-Riecke20210629.pdf

Organspende – trotz aller Traurigkeit doch etwas Gutes



In meinem persönlichen Umfeld habe ich miterlebt, was es heißt, wenn ein junger Mensch von einer Sekunde auf die andere verunglückt. Er war Besitzer eines Organspendeausweises – hatte sich schon früh dafür entschieden. Drei Tage wurde er künstlich an den Maschinen am Leben erhalten, um ganz sicher zu gehen, dass der Hirntod festgestellt und die Organe für eine Transplantation geeignet sind. Für die Hinterbliebene eine Herausforderung, aber sie haben seinem Wunsch entsprochen.

Tage später. Auf meine Frage an die Hinterbliebene „möchtest du wissen, wer das Herz bekommt“ bekam ich die Antwort: Hauptsache kein Nazi. Eine Organspende ist anonym. Die Hinterbliebene konnte auf ihren Wunsch hin durch die Deutsche Stiftung Organtransplantation in Hamburg eine anonymisierte Information der Spendenempfänger erhalten.

Sechs Menschen, darunter einem Kind und einem Jugendlichen, wurden erfolgreich Organe transplantiert. Trotz aller Traurigkeit doch etwas „Gutes“.

Ich besitze einen Organspendeausweis mit der Erklärung: „Ja – ich gestatte, dass nach der ärztlichen Feststellung meines Todes meinem Körper Organe und Gewebe entnommen werden können.“ Eine Entscheidung, die zu Lebzeiten nicht leichtfällt, da es um meinen Tod geht. Aber ich wollte meiner Familie die Entscheidung aus der Hand nehmen, da ich für mich selbst verantwortlich bin.

Etwa 9.200 Menschen stehen in Deutschland laut der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung auf der Warteliste für ein Spenderorgan. 2020 gab es bundesweit 913 Organspenderinnen und Organspender. Menschliche Organe werden für die Transplantation von dem Organspender zur Verfügung gestellt. Sie können nur

gespendet werden, wenn rechtliche und medizinische Voraussetzungen gegeben sind. Dazu zählt die Zustimmung des Spenders durch den Organspendeausweis und die Feststellung des Hirntods durch die Ärzte. So jedenfalls in Deutschland. Die Gesetze und Richtlinien hierzu sind streng geregelt, nachzulesen im Internet.

Auf dem Organspendeausweis kann jeder seine Erklärung zur Spende für den Todesfall schriftlich dokumentieren – entweder uneingeschränkt zustimmen, beschränkt auf bestimmte Organe oder einer Spende widersprechen. In anderen Ländern, z.B. in Österreich, Frankreich, Schweden, Lettland, Liechtenstein und Zypern werden automatisch Organe entnommen, außer man hat zu Lebzeiten widersprochen.

Religionen äußern sich wie folgt:

- **Judentum:** aus jüdischer Sicht ist die Spende von Organen und Geweben ein Akt der Nächstenliebe. Die Organspende nach dem Tod ist jedoch ein Sonderfall und wird kontrovers diskutiert.
- **Islam:** die Organ- und Gewebespende ist mit dem Islam vereinbar. Obwohl es zu dieser Einschätzung auch Gegenstimmen gibt, stehen viele islamische Gutachter:innen der Organspende positiv gegenüber.
- **Christentum:** die katholische und evangelische Kirche in Deutschland stehen der Organ- und Gewebespende positiv gegenüber. Eine religiöse Verpflichtung zu einer Spende gibt es jedoch nicht.

Meine Entscheidung wurde nochmals bestärkt, durch das Erlebnis in meinem persönlichen Umfeld.

Quelle und weitere Informationen:

→ www.organspende-info.de

Wolfgang Schröder

WEGEN GESTERN!



Foto: Bundesarchiv, Bonn

// Der Bundestagswahlkampf 2021 ist ja nun schon eine gewisse Zeit vorüber. Aber immer noch muss ich schmunzelnd an ein Erlebnis denken, das stattfand, als ich mit meinen beiden Enkelinnen an einer ganzen Reihe von Wahlplakaten vorbeiging, die bei uns in Bremen in der Nähe des Waller Wochenmarktes am Wartburgplatz aufgehängt waren.

Auf einem Plakat war eine junge Frau von der CDU namens Wiebke Winter mit Foto abgebildet und darunter stand als politische Kernaussage der umwerfende Slogan „WEGEN MORGEN“.

Da fragte mich meine Enkeltochter Lene (10): „Was heißt das, Opa? Was ist denn morgen?“ Und meine Enkelin Ida (7) antwortete, nach nur kurzem Überlegen: „Donnerstag“!

Ja, da kann man mal sehen, wie politische Botschaften, auch in der heranwachsenden Bevölkerung Deutschlands, so ankommen...

Aber auch andere Druckwerke, die von den zahlreichen Parteien an Laternenpfählen etc. angebracht wurden, ließen einen manches Mal echt am Verstand der Plakat-Gestalter zweifeln.

So zum Beispiel das Poster der FDP mit dem Schwarz-Weiß-Porträt von Bartträger Christian Lindner: „NIE GAB ES MEHR ZU TUN“. Man überlegt doch sofort, was unsere Großeltern und Eltern dazu wohl gesagt hätten?

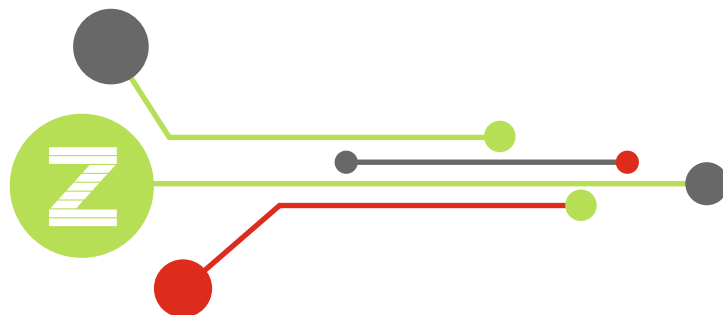
Meine Mutter hätte seinerzeit sicherlich gesagt: „Lieber Herr Lindner, kommen Sie doch mal mit – ich bin heute nämlich als Trümmerfrau beim Steinekloppen in zwei Ruinen in der Freiburger Straße im Findorff tätig! Da können Sie ja gleich mit anpacken!“ Und mein Schwiegervater – der gelernte Optiker – hätte dem Herrn Lindner bestimmt so einiges über die teilweise Wiederherstellung der Kanalisation in der Oslebshauer Heerstraße im Herbst 1945 zeigen können. Es gibt also Aussagen, die sind ganz schön bekloppt...

Wie neulich. Denn da tat eine gute Freundin von mir anlässlich einer angeregten Diskussion den folgenden, wahrlich schönen Ausspruch, der sich auf eine langjährige Repräsentantin Deutschlands bezog:

„ANGELA MERKEL WAR DIE BESTE BUNDESKANZLERIN, DIE WIR JE HATTEN!“ //

GENERATION Z

Sie wollen mitreden



Wer ist diese Generation Z, von der oft geschrieben wird, dass sie diese Zusammensetzung des Bundestages mit bestimmt hat? Die Generation Z, teilweise auch Generation Greta oder Post-Millennials genannt, ist die Nachfolgegeneration der Generation Y, nach ihr kommt die Generation Alpha (laut Wikipedia).

Klimawandel ist ein sehr wichtiges Thema, aber es geht auch um Migration oder soziale Gerechtigkeit. Die Jugendlichen erleben, dass Minderjährige nichts ausrichten können. Deswegen engagieren sie sich zunehmend in anderer Form. Sie schließen sich Bewegungen an wie Fridays for Future – weil sie dort aktiv mitmachen können.

Die zwischen 1995 und 2010 geborenen Menschen sind die erste Generation, die von Kindesbeinen an mit den digitalen Technologien aufgewachsen ist. Untereinander verbinden sie sich vorzugsweise über soziale Netzwerke.

Im Vordergrund steht jedoch immer das Bedürfnis nach freier Entfaltung und dass sie ihre Ideen und Vorstellungen vom Leben verwirklichen können.

Die Bundeszentrale für politische Bildung untersucht alle vier Jahre in einer Sinus-Jugendstudie die Lebenswelten der Jugendlichen in Deutschland – zuletzt 2020.

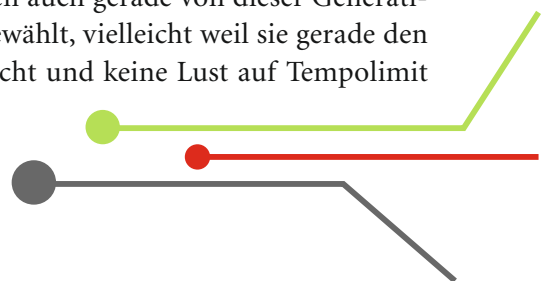


Man sollte ihnen nicht unterstellen, dass sie nicht durchhalten können. Dafür brennen sie zu sehr für ihre Themen. So die Mitautorin Heide Möller-Slawinski in der Sinus-Jugendstudie.

Luisa Neubauer (25 Jahre) ist die bekannteste Vertreterin der Generation Z. Ihr Vorhaben: Sie und ihre Mitstreiter*innen wollen die Welt verbessern. Auf einer Kundgebung sagte sie: „Viele haben endlich verstanden, dass die Zukunft ihrer Kinder und Enkel auf dem Spiel steht“. Die Schwachen werden schwächer, so wie in jeder Krise ist es auch diesmal. Besonders betroffen ist eben die junge Generation, aber durch Fridays for Future wurden sehr viele junge Menschen geprägt.

Darin wurde bestätigt, dass die Jugendlichen deutlich ernster und problembewusster als vor vier Jahren sind. Sie machen sich viele Gedanken über das Zusammenleben und die Zukunft, fühlen sich politisch aber nicht ernst genommen. Die Corona-Pandemie hat dies noch verstärkt.

So politisch waren junge Leute schon lange nicht mehr. Aber dennoch haben auch gerade von dieser Generation viele die FDP gewählt, vielleicht weil sie gerade den Führerschein gemacht und keine Lust auf Tempolimit haben.





Die Vielen ohne Stimme

Der Bereich Arbeitsmarkt und Sozialpolitik in der Gewerkschaft ver.di schreibt:

Wahlen entscheiden, wie gerecht und sozial unsere Gesellschaft gestaltet wird.

Doch fast 10 Millionen Bürger*innen sind davon ausgeschlossen, weil sie keinen deutschen Pass haben. Deshalb setzt ver.di die Forderung nach einem Wahlrecht für alle auf die Tagesordnung.

Im Grundgesetz, Artikel 20, Absatz 2, steht: „**Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus**“. Weiter wird konkretisiert: „**Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen ausgeübt**“.

Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts definiert das „Staatsvolk“ als die deutschen Staatsangehörigen und das Bundeswahlgesetz regelt: Wahlberechtigt sind „alle Deutschen“ über 18 Jahre.

Der Verfassungsrechtler Hans Meyer argumentierte vor 20 Jahren in seiner Abschiedsvorlesung als Präsident der Humboldt-Universität für mehr Flexibilität. Warum gehören zum „Volk“, von dem die „Staatsgewalt“ ausgeht, nicht auch „Ausländer, die in unserem Lande ihren Lebensmittelpunkt gefunden haben“? (Der Tagesspiegel)

Ein Argument für das Wahlrecht der hier lebenden Angehörigen aus Drittstaaten wäre: Sie unterliegen denselben Pflichten wie deutsche Staatsangehörige, folglich müssen sie auch dieselben Rechte besitzen. Nur wer das allgemeine Wahlrecht besitzt, kann auch an Bürger- und Volksentscheiden teilnehmen. Aber ihnen ist verwehrt, sich zur entscheidenden politischen Frage zu äußern: wer sie regiert. Ihre Meinung etwa zu Politiker*innen und Ministern, wie die AfD oder Innenminister Seehofer, die rassistische Vorurteile ihnen gegenüber verbreiten, können sie beim Wochenmarkt teilen, aber nicht im Wahllokal.

Bei uns ist die Staatsbürgerschaft Voraussetzung, aber nicht überall auf der Welt – in Neuseeland, Uruguay und Chile dürfen Ausländer wählen.

Auch Jugendlichen ist das Wahlrecht zum Bundestag noch verwehrt. Die neue Bundesregierung beabsichtigt aber auch für die Bundestagswahl das Wahlalter auf 16 Jahre herabzusetzen. Einige wenige Bundesländer, darunter Bremen, haben das Wahlrecht ab 16 auf Landesebene schon länger zugelassen. Junge Leute sollte man ernst nehmen und vor allem beteiligen, wird für uns Erwachsene aber noch schwer zu bewältigen sein.

Junge Leute sollte man ernst nehmen und vor allem beteiligen.



Wolfgang Bielenberg

BERUFSSVERBOT!

Der 50. Jahrestag ist Anlass genug, sich daran zu erinnern. Wolfgang Bielenberg sprach mit Frank Behrens, einem der ersten Betroffenen in Bremen.

INTERVIEW

Wolfgang Bielenberg:

- » Frank, vor 50 Jahren, am 28. Januar 1972 haben Bundeskanzler und die Ministerpräsidenten der Länder die „Grundsätze zur Frage der verfassungsfeindlichen Kräfte im öffentlichen Dienst“ beschlossen. Dieser Beschluss – besser bekannt als „Extremistenbeschluss“ oder „Radikalenerlass“ - war dann die Grundlage für die Berufsverbote. Du gehörtest zu den ersten Fällen, die im Land Bremen davon betroffen waren. Was ist dir damals passiert?

Frank Behrens:

- » Im Zusammenhang mit meiner 2. Lehrprüfung hatte ich 1973 ein Unterrichtsprojekt zum Thema „Arbeit“ entwickelt und mit meinen Grundschüler*innen durchgeführt. Mir war wichtig, wie Kinder „Arbeit“ in ihrer Lebenswelt erleben und sich damit altersgemäß auseinander-

setzen können. Von den Gutachtern wurde die Prüfungsarbeit mit der Note „Sehr gut“ bewertet. Einige Monate später wurde sie „aus verfassungsrechtlichen Gründen“ mit „Ungenügend“ umgenotet. In der Folge hätte ich die Prüfung nicht bestanden.

Sofort reagierten die Eltern meiner Schüler empört, wiesen in Stellungnahmen, Interviews und Leserbriefen die Vorwürfe zurück. Dabei betonten sie meine „ausgezeichnete Arbeit“ und „Beliebtheit in der Schule“ und äußerten ihren Verdacht, dass ich „in Wahrheit wegen meiner Mitgliedschaft in der DKP aus dem Schuldienst entfernt“ werden sollte. Natürlich hatten sie auch durch die Medien registriert, dass der sogenannte Radikalenerlass politisch gewollt war. Schnell schlossen sich dem Protest andere Gruppen, Lehrerinnen und Lehrer, Gewerkschafter,

1978
Schüler*innen bei einer
Demonstration am 1. Mai
in Bremerhaven

Foto: N. N.



Pastoren an. In der Bremerhavener „Nordsee-Zeitung“, von Radio Bremen und anderen Medien wurde dieser „Fall“ aufgegriffen und immer wieder thematisiert.

Noch 1973 wiesen die politisch Verantwortlichen in meinem Fall heftig einen Zusammenhang mit den Berufsverboten zurück, doch zwei Jahre später beschloss der Bremerhavener Magistrat, mich wegen meiner Mitgliedschaft in der DKP „mit sofortigem Vollzug“ zu entlassen. Dabei berief er sich auf eine Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts, dass schon „die einfache Mitgliedschaft in einer verfassungsfeindlichen Organisation“ ein Berufsverbot rechtfertige. Mein juristisches Vorgehen, vor allem aber die große Unterstützung und internationale Solidarität zwangen letztendlich den Magistrat alle Vorwürfe zurück zu nehmen und mich 1979, nach 10 Jahren Jungelherzeit, zum „Beamten auf Lebenszeit“ zu ernennen.

Wolfgang Bielenberg:

- » *Im Jahr 1969 versprach der damalige sozialdemokratische Bundeskanzler Willy Brandt: „Mehr Demokratie wagen“. Drei Jahre später folgten die Berufsverbote: Dreieinhalb Millionen Menschen wurden vom Verfassungsschutz überprüft, über 1.200 Bewerber*innen für den Öffentlichen Dienst abgelehnt, 265 entlassen. Wie konnte es dazu kommen?*

» Frank Behrens:

Über Jahre wurde von konservativen und reaktionären Kräften der „Marsch der 68er durch die Institutionen“ dämonisiert, dabei immer wieder versucht, fortschrittliche Lehrkräfte zu disziplinieren, vor allem aber eine „kommunistische Unterwanderung der Schulen“ zu propagieren. Voran ging hier der sozialdemokratische Hamburger Senat mit ersten Entlassungen, aufgestachelt durch Hetzartikel der BILD-Zeitung.

Bald darauf folgte der Bremer Senat mit der Nichtberufung des Medienwissenschaftlers Horst Holzer an die Bremer Uni und der angedrohten Entlassung des Sozialpädagogen Horst Griese. Auch hier die Begründung: Mitgliedschaft in der DKP. Nach 1975 brach eine Welle von Nichteinstellungen und Entlassungen im ganzen Land aus. Systematisch wurden die Berufsverbote ausgeweitet, es traf Mitglieder unterschiedlicher linker Organisationen. Nicht nur Schulen und Universitäten wurden nach Verfassungsfeinden ausgeleuchtet, zunehmend wurden andere Bereiche des Öffentlichen Dienstes einbezogen.



In der Folge wurden tausende Anhörungen Betroffener durchgeführt, Vorgesetzte zu Bespitzelungen animiert. In den Gewerkschaften führten in diesem Zusammenhang „Unvereinbarkeitsbeschlüsse“ zum Ausschluss tausender Gewerkschafter.

Eine Ursache für diese antidemokratische Politik war ohne Zweifel der oft tiefsitzende Antikommunismus. Tragisch für viele Betroffene war, dass sich auch sozialdemokratische Regierungen davon haben leiten beziehungsweise treiben lassen. Erst Ende der 70er Jahre bekannte

Willi Brandt die Politik der Berufsverbote als „politischen Irrtum“, ähnlich äußerten sich nun auch Hans Koschnick und andere führende Sozialdemokraten.

Wolfgang Bielenberg:

- » *In einigen Ländern ist der Extremistenbeschluss bis heute noch existent. In Bremen wurde die Landesregelung 2011 aufgehoben. Bist du und die mindestens 70 weiteren Betroffenen rehabilitiert worden? Habt ihr eine Entschädigung erhalten?*

Frank Behrens:

- » Ich empfinde es als wohltuend, dass die Bremische Bürgerschaft 2011 sich vom Radikalerlass distanziert und einstimmig den Senat aufgefordert hat, die entsprechenden Richtlinien aufzuheben. Der Senat solle „in geeigneter Weise einen ideellen Abschluss mit den Betroffenen suchen“. Wie das bisher passiert ist, ist mir nicht bekannt. Eine Entschädigung ist m.E. nur in Teilen und nur in Einzelfällen geschehen. Ich habe sie auch nicht benötigt, da es Magistrat und Senat in den sechs Jahren drohendem Berufsverbot nicht gelungen war, mich aus dem Schuldienst zu drängen. Dank der breiten Solidarität und der Gerichte.

Wolfgang Bielenberg:

- » *Was können wir heute aus der Geschichte der Berufsverbote ziehen?*

Frank Behrens:

- » Allen antidemokratischen Bestrebungen widerstehen; sich widersetzen, wenn versucht wird, die geschichtliche Entwicklung zurück zu drehen; sich selber in gesellschaftliche Prozesse einmischen und die demokratischen Kräfte stärken.

Berechtigte Kritik oder Verschwörungs-Denken

Ist die Demokratie in Gefahr?



Foto: PsychoBeard/stockadobe.com

Mit den Lockerungen in der Corona-Pandemie konnte man annehmen, dass den sogenannten Querdenkern allmählich der Stoff ausgehen würde. Es hat sich als Trugschluss erwiesen, dass der Spuk irrationaler Mythen damit ein Ende finden würde. Denn die Pandemie hat nur offenbart, was an kritischem Potenzial und Vorstellungen in Teilen der Bevölkerung schon seit langem vorhanden war. Vertrauen in politische und wirtschaftliche Eliten sowie teilweise auch in Wissenschaft und Gesundheitssystem war auch vor der Pandemie keineswegs selbstverständlich.

Zustand der Gesellschaft

Skandale erschüttern Politik und Wirtschaft. Es spricht Bände, dass das Video „Die Zerstörung der CDU“ eines locker auftretenden jungen Influencers mit blauem Haarschopf im vorigen Jahr im Schneeballsystem 12 Millionen Zuschauer*innen jeden Alters erreichte.

Vorteilsnahme, Wechsel in hoch dotierte Posten in der Wirtschaft, undurchsichtiger Lobbyismus, Vetternwirtschaft und Korruption sorgen für Vertrauensverlust in die gewählten Volksvertretungen. Die Gremien der EU, die auf vielfältige Weise in unser Leben eingreifen, sind noch schwerer zu durchschau-

„Je erfolgreicher
einer lügt und je mehr
Menschen er überzeugt,
desto mehr Aussicht
besteht, dass er am Ende
an seine eigenen
Lügen glaubt.“

Hannah Arendt

en und erzeugen Misstrauen bei vielen Menschen. Menschen spüren, dass wirtschaftliche Interessen bei Ärzten und Kliniken (Stichworte Fallpauschalen, vermeidbare Operationen, lukrative Zusatzleistungen) zunehmen und lassen am Nutzen ärztlicher Ratschläge zweifeln. Immer öfter holen Menschen eine „zweite Meinung“ ein. Impfungen werden von einer größeren Anzahl von Menschen abgelehnt.

Genügend Anlässe, Vorgänge in der Gesellschaft kritisch zu beäugen und zu hinterfragen, was da von den großen Medien wie behandelt wird – oder eben nicht.

Oft werden politische Ereignisse nur oberflächlich abgehandelt: „Wer hat wann was gewusst ...“ Hintergrundinformationen müssen Interessierte sich selbst zusammensuchen. Viele Menschen im alltäglichen Hamster-rad haben diese Möglichkeit nicht.

Dann kam Corona...

In Zeiten großer Umwälzungen und Unsicherheiten verstärken sich Gefühle des Ausgeliefertseins und der Wunsch, komplizierte Zusammenhänge zu vereinfachen und sich noch mehr als sonst nur auf vertrauenswürdige Menschen zu verlassen: Familie, Freundschaften, Kolleg*innen – aber auch Gruppen im Internet, die für viele vereinsamte Menschen fehlende reale Kontakte zunehmend ersetzen. Chaos und widersprüchliche Maßnahmen taten ihr Übriges.

Viele abstruse Vorstellungen von finsternen Mächten, die uns und die ganze Welt manipulieren und zu beherrschen trachten, wurden von vielen von uns als Spinnerei abgetan. „Covidioten“ war nur eine der gängigen Bezeichnungen für die sogenannten Querdenker.



Aluhüte bezeichnen Anhänger*innen von Verschwörungsmithen

Foto: NeferJanah Meistrup/Wikipedia

Dabei sammelten sich unter diesem Dach alle möglichen Gruppierungen aus der Gesellschaft: Menschen, die entweder COVID-19 verharmlosen oder leugnen, Menschen, die die Angemessenheit der getroffenen Maßnahmen anzweifeln, die Grundrechte in Gefahr sehen und Impfgegner, Esoteriker, christliche Fundamentalisten, Rechtsradikale, deren Weltbild schon von vornherein zu Verschwörungsmithen neigt.

Im Unterschied zur Kritik an konkreten Missständen und dem Bestreben diese abzustellen, knüpfen Verschwörungsmithen zwar an berechtigten Sorgen an, konstruieren daraus aber abwegige höchst unwahrscheinliche Zusammenhänge.

Ideologien als Spinnerei abtun?

Verschwörungsmithen sind keineswegs eine neue Erfindung. Denken wir nur an die Verteufelung von Menschen im Mittelalter, die für viele Frauen und auch Männer zu Verfolgung bis hin zum Tod führte. Auch in der Zeit der Aufklärung, die gerade eine Abkehr von religiöser Vorherrschaft mit sich brachte, blühten Vorstellungen von geheimen Verschwörungszirkeln, die Einfluss auf das Leben der Menschen nahmen.

Solches Denken gedeiht vor allem dort, wo Menschen sich permanent bedroht fühlen, ihre Lebenssituation als benachteiligt und sich als allein gelassen mit ihren Sorgen empfinden. Ohnmachtsgefühle gegenüber der Politik und Eliten brechen sich Bahn in irrationalen Vorstellungen. Diese sind ein Symptom für Unzulänglichkeiten in einer Gesellschaft – auch einer demokratischen.

Tatsächlich fühlen sich viele Menschen ohnmächtig gegenüber dem starken Einfluss kapitalistischer Marktwirtschaft auf die Politik und viele Bereiche des gesellschaftlichen

Lebens und auf ihr individuelles Leben, weil diese Mechanismen sich ihrer Kontrolle entziehen.

Sie fühlen sich abhängig – zu Recht. Statt das kapitalistische System als krisenanfälliges komplexes gesellschaftliches Verhältnis zu sehen, suchen Menschen die Schuld bei Personen.

Je nach Vorliebe oder Feindbild werden zum Beispiel China, die USA oder einzelne Personen, Herrscher oder Wissenschaftler für die „Erfindung“ des Corona-Virus verantwortlich gemacht, um unterstellte finstere Ziele zu erreichen.

So kann Bill Gates für das Unbehagen gegenüber ökonomischen Machtverhältnissen stehen. Wie kann ein einzelner Mensch so viel Geld wie ganze Volkswirtschaften besitzen?

Das Geschäftsmodell von Microsoft kann man kritisieren. Mit seiner privaten Stiftung setzt er erhebliche Teile seines Vermögens für Projekte und Großspenden ein. Dadurch hat er natürlich starken Einfluss, Gates steuert die Weltgesundheitsorganisation nicht, um perfide Sterilisationspläne durchzusetzen. Anstatt aber zu versuchen, die ökonomischen Verhältnisse zu verändern, wird aus dem Großkapitalisten Gates ein Ungeheuer gemacht, das nach Weltherrschaft strebt.

Es gilt wachsam zu bleiben: Im Zuge der „Mitte-Studie“ bejahten im vergangenen Jahr übrigens die Hälfte der Befragten die These, es gäbe geheime Organisationen, die Einfluss auf politische Entscheidungen haben. Ebenso viele stimmten der Aussage zu, den eigenen Gefühlen mehr zu vertrauen als Experten.



»»»»»»»»»»»»»»»» Einflussreiche Gruppierungen oder Geheimbünde?

Unter der Oberfläche der parlamentarischen Demokratie existieren in der Gesellschaft zahlreiche informelle Gruppierungen, die nicht demokratisch legitimiert sind, aber aufgrund ihrer ökonomischen und gesellschaftlichen Macht erheblichen Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen. Charakteristisch für diese Kreise ist in der Regel: Sie treten selten öffentlich auf, Mitglieder werden nicht gewählt, sondern von den bisherigen Teilnehmern ernannt. Finanziert werden sie aus Wirtschaftskreisen oder anderen Teilen der Elite, teilweise sogar aus Steuergeldern.

Gemeinsam ist ihnen, dass sie wirtschaftsliberale Interessen in der Gesellschaft durchsetzen wollen. Es verwundert nicht, dass Vertreter großer Konzerne, des europäischen Adels, der Politik und wichtiger Medien sich in diesen Kreisen ein Stelldichein geben. Manche von ihnen sind in mehreren dieser Gruppierungen vertreten und sorgen für deren Vernetzung.

Die Vertraulichkeit bei ihrem Wirken trägt dazu bei, das Vertrauen in politische Entscheidungen zu verringern. Kritisiert wird auch, dass Atlantik-Brücke, Bertelsmann-Stiftung u.a. als gemeinnützig gelten und damit steuerlich begünstigt sind.

Geheimbünde sind alle diese genannten Kreise nicht. Eine kritische Öffentlichkeit kann ihre Aktivitäten zumindest teilweise offenlegen und ihr Eintreten für einen entfesselten Kapitalismus skandalisieren. Erst recht sind sie keine geheime Weltregierung, die die Geschicke der gesamten Welt lenkt. Ob sich ihr Einfluss begrenzen lässt, liegt daran, welche Gegenkräfte mobilisiert werden können.

Mont-Pèlerin-Gesellschaft

Gegründet 1947 mit dem Ziel, wirtschaftsliberale Ideen weltweit zu verankern.

Bertelsmann-Stiftung

Gegründet 1977, fördert „Reformprozesse“ und „Prinzipien unternehmerischen Handelns“, um eine „zukunftsfähige Gesellschaft“ aufzubauen.

Europäischer Runder Tisch

Nimmt Einfluss auf die Entwicklung der EU in Richtung Wettbewerb auf allen Ebenen.

Bilderberger

Gegründet 1954 – zehn Jahre lang weitgehend unbekannt. Behandelt weltwirtschaftliche und internationale Beziehungen.

Trilaterale Kommission

Gegründet 1973 auf Initiative aus dem Bilderberger Kreis.

Atlantik-Brücke

Gegründet 1952 als privater, überparteilicher und gemeinnütziger Verein mit dem Ziel, eine wirtschafts-, finanz-, bildungs- und militärpolitische Brücke zwischen den USA und Deutschland zu schlagen.

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

Gegründet 2000 von Gesamtmetall als Lobbyorganisation, finanziert von Arbeitgeberverbänden.

Das Ziel:

Die Bereitschaft für wirtschaftsliberale Reformen soll erhöht werden, also Deregulierung und Privatisierung bei der Arbeitsmarkt-, Sozial- und Tarifpolitik, wettbewerbsorientierte Bildungspolitik, sowie Abschwächung klimapolitischer Maßnahmen.

... und viele weitere

Quelle und weitere Informationen:

→ www.wikipedia.de

LESERBRIEFE



Liebe Redaktion der wunderbaren „WIR“-Zeitung,

seit vielen Jahren sind wir begeisterte Leserinnen Eurer Zeitung.

*So lange schon möchten wir uns bedanken für Eure Arbeit, bedanken für all die spannenden Artikel, die einerseits klar verständlich, recherchiert und positioniert sind, die aber gleichzeitig auch stets sehr persönlich die jeweiligen Verfasser*innen durchscheinen lassen. Dieser Mix macht „WIR“ zu etwas ganz Besonderem, Eure Zeitschrift ist wirklich „eine Perle“.*

Außerdem ist die Themenvielfalt beeindruckend, kaum ein Thema, das nicht angesprochen wird oder wurde, nach der Lektüre sind wir immer ein ganzes Stück schlauer und glücklicher, weil wir wieder anders auf die Welt blicken.

Dabei haben wir eine Tageszeitung und zwei Wochenzeitungen abonniert, und als langjährige Gewerkschaftsmitglieder erhalten wir sowieso noch die Zeitschrift der GEW. Doch Eure Zeitung ist einzigartig, und wir freuen uns jetzt schon auf die nächsten Ausgaben.

Vielen Dank an alle Mitglieder der Redaktion, vielen Dank für die Anstrengungen und für all die Mühen und die viele Arbeit, die hinter all dem steckt. Zumal die „WIR“-Redaktion aus Ehrenamtlichen besteht, wenn wir es richtig verstehen, und zwar aus solch engagierten Menschen, dass sogar Weiterbildungs-Seminare bei Profis auf sich genommen werden. Hut ab vor so viel Engagement!

Diese Qualität, dieses Brennen für die Themen, das macht „WIR“ zu einem Juwel, das wir hoch schätzen.

Vielen Dank, und weiterhin alles Gute für Eure so wichtige Zeitung! Eure treuen Leserinnen

Irene Schmid und Petra Grünig
Bremen, den 18.09.2021

Die Zeitung wird gefördert durch EVG Bremen, GEW Bremen, IG Metall Bremen, NCG Bremen und ver.di Bremen.

Über weitere Mitarbeiter*innen würden wir uns freuen. Kritik und Anregungen sind uns immer willkommen.

HERAUSGEBER & KONTAKT

Arbeitskreis DGB-Senior*innen Bremen
c/o Gerd Bohling, DGB-Haus Bremen
Bahnhofplatz 22-28 · 28195 Bremen
E-Mail: wir@aulbremen.de

V. I. S. D. P.

Jens Tanneberg · Tel. 0421 960 890
Bildungsvereinigung Arbeit und Leben
(DGB/VHS) e. V. Bremen

REDAKTION

Wolfgang Bielenberg (GEW), Gerd Bohling, Udo Hannemann, Hugo Köser, Hermann Wilkening (IGM), Cornelia Förster-Bonomo, Wolfgang Schröder (NCG), Edith Ahrens, Willi Derbogen, Marita Froese-Sarimun, Marlene Henrici, Traudel Kassel, Bernd Krause, Reiner Meissner, Margot Müller, Günther Wesemann, Manfred Weule, Brigitte Wilkening, Holger Zantopp (ver.di)

GESTALTUNG

Svenja Kerkhoff
handwerk – idee + design
www.handwerk-sk.de

DRUCK

WIRmachenDRUCK GmbH
www.wir-machen-druck.de

Frühere WIR-Ausgaben unter
→ www.aulbremen.de/projekt/senior-innenzeitung-wir



IMPRESSUM

27. Januar 2022

VERANSTALTUNGEN

Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus



Veranstaltungsprogramm Bremen
Januar bis Mai 2022

ERINNERN
FÜR DIE ZUKUNFT e.v.

Landeszentrale
für politische Bildung
Bremen

Gedenken an die NS-Opfer

Seit 1996 ist der 27. Januar in Deutschland der Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus. Der Tag erinnert an die Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz vor 77 Jahren, in dem mehr als eine Million Menschen ermordet wurden.

In den Monaten Januar, Februar und März 2022 finden in Bremen zahlreiche Veranstaltungen statt, die sich in unterschiedlichster Form der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und dem Gedenken an die Opfer widmen.

In der zentralen Gedenkveranstaltung am 27. Januar im Rathaus und in mehreren weiteren Veranstaltungen stehen 2022 die sogenannten „Asozialen“, die vergessenen Opfer der Nazis, im Mittelpunkt.

Der Flyer mit dem kompletten Veranstaltungsprogramm liegt an vielen Stellen aus – natürlich auch im DGB-Haus.

Das Gedenkprogramm ist auch im Online-Kalender zu finden.

→ www.politische-bildung-bremen.de

Wir
Älteren in den Gewerkschaften
in Bremen und Bremerhaven

Ausgabe 45 erscheint im April 2022

Frühere WIR-Ausgaben unter

→ www.aulbremen.de/projekt/senior-innenzeitung-wir